

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/52

17. März 1971

Rheinland-Pfalz vor den Wahlen

Die Sozialdemokraten sehen ihre Chance.

Von Wilhelm Dröscher Md3

Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 61 Zeilen.

Die Not der CDU

Außenpolitik im Wolkenkuckucksheim

Seite 3 / 44 Zeilen

Maier und der Anspruch auf Bildung

Bayerns Kultusminister auf der reaktionären
Seite

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Südamerika drängt in die Touristik

Erfolgreiche Spezialmesse in Westberlin

Seite 6 und 7 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 0, Hausallee 2-10
Postfach: 9163
Pressenhäus 1, Zimmer 217-221
Telefon: 22 80 37-38
Telefax: 888 848/696 847/
898 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Rheinland-Pfalz vor den Wahlen

Die Sozialdemokraten sehen ihre Chance

Von Wilhelm Dröscher MdB
Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Wenige Tage vor den Landtagswahlen sind die Fronten in Rheinland-Pfalz so deutlich abgesteckt, wie selten zuvor. Es geht um die Sachprobleme. Das macht dem Gegner Unbehagen. Spürbar verunsichert agiert er etwa seit zehn Tagen aus der Defensive. Schon das Berliner Ergebnis hat die Hoffnungen abgekühlt. In Rheinland-Pfalz haben die Sozialdemokraten die erste Chance, wieder zu wachsen.

Die Versäumnisse einer über 20jährigen CDU-Herrschaft sind in den vergangenen Wochen und Monaten jedem Bürger mit Nachdruck vor Augen gestellt worden. Im Spiegel der nüchternen Zahlen des "Statistischen Landesamtes" blätterte der Reform-Lack des Kohl-Regiments rasant ab. Zum Vorschein kam die alte, bekannte und von der CDU verschuldete rheinland-pfälzische Misere.

Wenn in diesem Lande durchschnittlich weniger verdient wird als in den sozialdemokratisch regierten Nachbarländern, so kann sich heute - 25 Jahre nach Kriegsende - niemand mehr darauf berufen, daß gerade Rheinland-Pfalz mit besonderen Startschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Der Grund ist - und das läßt sich in allen Bereichen nachweisen - eine Strukturpolitik, die hier diesen Namen nie verdient hat. Wo vor Jahren gezielte Maßnahmen nötig gewesen wären, um neue sichere Arbeitsplätze zu schaffen, hat man konzeptionslos vor sich hingewirtschaftet und auf Unternehmerinteressen zuviel Rücksicht genommen. Besonders der ländlichen Bevölkerung, den Bauern und dem Mittelstand, wurden ihre wahre wirtschaftliche Situation verschwiegen. Das Ergebnis. Nirgendwo in der Bundesrepublik klappt die Schere zwischen Einkünf-

ter der Menschen in den Ballungsräumen und auf dem Lande soweit auseinander wie hier. Und der Unterschied wächst weiter.

Das gleiche gilt für die Bildungspolitik dieser Kohl-Regierung, die sich nicht scheut, das Wort "Chancengleichheit" auf ihr Banner zu schreiben. Im letzten Jahr besuchten in den kreisfreien Städten auf je 10.000 Einwohner 434 Schüler ein Gymnasium. In den Landkreisen waren es nur 176! Daß nach wie vor nur ein geringer Teil der Arbeiterkinder bis zum Abitur gelangt, liegt sicher nicht daran, daß das "Volk für höhere Bildung noch nicht psychologisch gerüstet ist", wie Dr. Kohl einmal behauptete, sondern am System des Bildungswesens, das Benachteiligung nicht frühzeitig ausschließt. Und schon zeichnet sich ab, daß Rheinland-Pfalz im Bildungswesen noch weiter zurückfällt. 150 Gesamtschulen wird es Ende 1971 im Bundesgebiet geben, in Rheinland-Pfalz: keine.

Die Aufgaben einer sozialdemokratischen Politik für Rheinland-Pfalz liegen also auf der Hand. Die Partei hat sie in einem detaillierten und gründlich durchdiskutierten Programm zusammengestellt und in die Öffentlichkeit gebracht. Die Themen "Arbeitsplatz, Wirtschaft, Landwirtschaft" und "Schule, Beruf, Hochschule" stehen an der Spitze. Großen Anklang fanden beispielsweise die Forderung nach Errichtung eines Lehrstuhls für Arbeitsmedizin zur Erforschung und Bekämpfung typischer Gefahren der modernen Arbeitswelt, das langfristige Ziel der integrierten Gesamtschule als Ganztagschule, die Forderung des klassenlosen Krankenhauses und die Unterstützung der ärztlichen Versorgung in ländlichen Gebieten.

Das Engagement der Bundespolitik ist für diesen Landtagswahlkampf betont stark. Gilt es doch, dem Bürger klarzumachen, welche Anstrengungen die sozialliberale Führung im Bund unternimmt, um auch Rheinland-Pfalz aus seinem Schattendasein herauszuführen. Die Chance der Veränderung beruht letzten Endes darauf, daß es gelingt, den Frieden sicherer zu machen und der Freundschaft mit den westlichen Verbündeten den Ausgleich mit dem Osten folgen zu lassen. Hier und bei den großen inneren Reformen könnte der rheinland-pfälzischen Stimme im Bundesrat vielleicht entscheidendes Gewicht zukommen.

(- /ex/ 17.3.1971 /bgy)

Die Not der CDU

Außenpolitik im Wolkenkuckucksheim

Hier und heute soll nicht von der galoppierenden Farce der Union-Suche nach Kandidaten die Rede sein; nach einem Kandidaten für den CDU-Vorsitz, ohne Genehmigung der CSU, nach einem Kandidaten für das Bundeskanzleramt, mit Genehmigung der CSU, und schließlich, wenn der abortierte Allroundmann Rainer Candidus Barzel, mit Genehmigung der CDU, Kanzleranwärter werden sollte, auch noch einen Kandidaten für den Bundestagsfraktionsvorsitz, mit Genehmigung der CSU. Das alles ist zweifellos zunächst eine Internsache der beiden Unions-Parteien, wenngleich die seit Jahr und Tag laufender Vorspiele die Öffentlichkeit gewißlich schon weit über Gebühr beschäftigen. Vielleicht wird man gelassener, wenn man aus Unionsführungskreisen informiert wird, daß man dort heilfroh sei, einen solchen Kanzlerkandidaten nicht schon vor Wochen oder gar Monaten gekürt zu haben, weil dieser Mann dann sicherlich schon längst zerfleddert und zerschissen worden wäre. Man sieht, das politisch-personelle Selbstvertrauen der Union hat enge Grenzen.

Heute und hier geht es um die Haltung, die in prominenten CDU-Führungskreisen zur deutschen Ostpolitik eingenommen wird. Wenn man nämlich etwas tiefer bohrt und die staatsmännischen Reden des Dr. Barzel dann nicht mehr als absolut repräsentativ nimmt, stößt man plötzlich auf Leute, die die bisherige abwartende Position der CDU-CSU-Bundestagsfraktion zu den Ostverträgen als pure und hinhaltende Taktik decouvrieren. Eine Taktik, die das Berlin-Gesicht der Union wahren soll, weil es ja immerhin möglich sein könnte, daß die sozialliberale Bundesregierung in dieser kardinalen Frage zu einem Regelungserfolg kommen könnte, was man natürlich beileibe nicht konterkarieren möchte. Damit wäre jedoch alles erreicht: Die Ostverträge selbst sollen aber nach dem Willen der Union auch dann noch unter gar keinen Umständen ratifiziert werden; seien sie doch keine Gewaltverzichtsverträge, sondern "gewaltige Verzichtverträge".

Mit diesem unrealistischen Nein zu den ersten kompakten Ergebnissen einer Entspannungspolitik, die das Privat nicht nur der Mehrheit des deutschen Volkes - nur rd. ein Drittel der derzeitigen CDU-CSU-Wähler akzeptiert die gegenwärtige Ostpolitik der CDU-CSU! -, sondern auch unserer westlichen Verbündeten hinter sich hat, manövriert sich die Union, sollte die so charakterisierte Einstellung zu ihrer offiziellen Politik werden, in eine überaus schwierige Situation hinein. Wer so denkt, gerät nämlich in ein apolitisches Wolkenkuckucksheim, aus dem nur noch Illusionen geboren werden können. Und damit wird diese Spintisiererei gefährlich - für uns und für unsere Umgebung im Osten und im Westen.

(cc ee 17.3.1971/bgy)

Maier und der Anspruch auf Bildung

Bayerns Kultusminister auf der reaktionären Seite

"Wir werden vom Anspruchsrecht auf Bildung herunterkommen müssen." Der Satz, gesprochen von Prof. Dr. Hans Maier, Kultusminister der bayerischen CSU-Landesregierung, nach seiner Einführung als neuer Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder, wird in die Sammlung betrüblicher Aphorismen des Jahres 1971 eingehen. Als der Pressedienst der FDP-Bundestagsfraktion das Echo der öffentlichen Meinung in dem Seufzer "So jung und schon ein Fossil!" zusammenfaßte, verlegte sich Maier aufs Interpretieren.

Dabei sind in erschreckendem Ausmaß konservativ reaktionäre Denkstrukturen zutagegetreten, die befürchten lassen, daß von der CSU auch in der Bildungspolitik die letzten kleinbürgerlichen Vorurteile mobilisiert werden. Maier hält von Demokratie im Bildungswesen nichts. Sein neuerlicher Zynismus - oder sollte man es doch besser Naivität nennen? - beweist, daß es der bildungspolitischen Reaktion nicht allein um die Behauptung von Standesprivilegien im Bildungswesen geht. Man will vielmehr die Schaffung eines offenen Bildungssystems, d.h. die Verwirklichung der Chancengleichheit verhindern. Dieses Ziel kann man nicht mehr interpretieren, sondern nur noch beklagen.

Wozu betreiben wir eigentlich Bildungspolitik? Maier würde wohl antworten: Weil es modern ist und weil die kalten Sozialisierer auch auf dem Bildungssektor den Versorgungsstaat einrichten wollen. Für Maier ist das Recht auf Bildung nur "ein wichtiges Orientierungsdatum unserer Bildungspolitik" ("Zeit" vom 26. Februar 1971), es ist im Grundgesetz - was nun freilich auch der bayerische Kultusminister weiß - zwar nicht wörtlich, aber sinngemäß verankert, und es ist noch längst nicht realisiert. Wie

kann man da von "individualistischen, anspruchrechtlichen Vereinigungen", vom "pädagogischen Nulltarif" reden? Völlig abstrus ist schließlich Maiers Behauptung, das "Anspruchsdenken" habe "bisher eine wirksame soziale Umverteilung der Bildungsgüter verhindert".

Wer so lange wie Maier im Bildungsrat gesessen hat, müßte ein differenzierteres Verständnis der Zusammenhänge von sozialer Herkunft, Bildungsmotivation und Bildungserfolg pflegen. Wenn man freilich das Vorhandensein von Unterprivilegierten ignoriert, dann wird verständlich, daß man die Ansehung legitimer Interessen für Anspruchsdenken hält. Da helfen auch nicht Maiers Krokodilstränen darüber, daß "die Arbeiterkinder nicht rebellierten". Sie rebellieren schon länger, als Maier und andere es wahrhaben wollen, und zwar für die Verwirklichung ihres Anspruchs auf Bildung.

Für den bayerischen Kultusminister läßt sich das Problem freilich ohne Rest dividieren: Da der Staat im Augenblick nicht alle Bildungsbedürfnisse befriedigen kann, darf es auch keinen absoluten Anspruch auf Bildung geben, und da der Leistung des Staates eine Gegenleistung des Bildungswillens entsprechen muß, ergibt sich der Kreis der Antragsberechtigten ganz von selbst. Wer demgegenüber Bildungspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik begreift, wird die Leistungspflicht des Staates nicht allein auf die Bildung selbst beschränken wollen, sondern darunter auch die Schaffung der Voraussetzungen verstehen, unter denen Leistungen erst erbracht werden können. Maier bemerkt dazu in der "Zeit" vom 26. Februar 1971: "Wie immer man zu den Forderungen nach obligatorischem Vorschulunterricht stehen mag, sie zeigen jedenfalls deutlich, daß das individuelle Anspruchsrecht an der sozialen Dimension der Bildung seine Grenze erreicht."

Es war kein Mißverständnis, es war ein echter Maier.

Dr. Josef Benzinger

(Text vom 3. März 1971/bgv)

Südamerika drängt in die Touristik

Erfolgreiche Spezialmesse in Westberlin

Reisen und Freizeit waren die hoch aktuellen Themen, die mehr als 2.500 Fachleute aus nahezu allen Fremdenverkehrsländern der Erde und insgesamt 152 Organisationen und Einzelaussteller aus 32 Ländern nach Berlin geholt hatten. Sie repräsentierten unterschiedliche wirtschaftliche, politische und soziale Ordnungen, aber alle bemühten sich vor allem um die Urlaubshungrigen und Touristen aus den Industriestaaten, denn sie bringen die Devisen. Die Berliner "Tourismus-Börse" hat es wieder deutlich gemacht, daß es auch 1974 um das große Geld durch Nah- und Ferntourismus geht.

Sieben waren aus der Dritten Welt gekommen: Ägypten, Ceylon, Indien, Kenia, Libanon, Marokko und Tunesien. Auf einem Gemeinschaftsstand warb die Arabische Liga auch für Syrien, Irak, Jordanien und Algerien. Zu einer Attraktion besonderer Art ist in der Flugferntouristik der "Jumbo-Jet" geworden, denn die schönsten Urlaubsträume werden auf den Reisen der Fern-Exotik geträumt. Für Flitterwöchner, die im Zeitraum ab 1. Januar 74 geheiratet haben und in ihren Urlaub noch in diesem Jahr mit dem Jumbo-Jet, der hier "Honeymoon-Jet" heißt, starten wollen, erhält die junge Ehefrau 25 vH. Nachlaß für alle Flüge des Sommerprogramms - außer im Juli und August.

Lateinamerika hatte auch diesmal keine Aussteller nach Berlin geschickt. Doch der Generaldelegierte für Europa der Nationalen Tourismus-Organisation Mexikos, Arturo Garcia Formenti, besuchte die "Tourismus-Messe". Ebenso wie das Entwicklungsland Mexiko das mit dem Wunderweizen den ersten erfolgreichen Schritt zur Beseitigung des Hungers getan hat, ist es in Südamerika das

erste Land, das unter den europäischen Touristen Freunde und Besucher sucht. Die Berliner Messe spiele bei der Tourismus-Kampagne Mexikos daher eine wichtige Rolle. Gesellschafter sind: DEG, Steigenberger KG a A, Hotelbetriebs AG, Touropa/Scharnow und Lufthansa (je 20 vH. des Kapitals).

Mit dem Tourismus ist für die Entwicklungsländer ein hoher Einkommens- und Beschäftigungseffekt verbunden. Positive Auswirkungen ergeben sich auch auf andere Wirtschaftsbereiche wie Landwirtschaft, Baugewerbe, Handwerk. Die deutschen Hilfsmaßnahmen orientieren sich vor allem an den Haupthindernissen, die einer Ausweitung des Tourismus in vielen Entwicklungsländern entgegenstehen: fehlende Gesamtplanung, keine Infrastruktur, Mangel an geeigneten Unterkünften und unzulänglich ausgebildetes Personal. Deutsche Experten-Teams haben für verschiedene Staaten in Asien und Afrika Fünfjahres-Pläne und Regionalstudien ausgearbeitet, sowie bundesrepublikanische Kapitalhilfen die Errichtung von Tourismus-Flughäfen und Tourismus-Straßen finanziert. Im Ausbildungsbereich fördert die Bundesregierung Hotelfachschulen, z.B. in Ankara, Bizerta und Colombo. Führungskräfte werden auch in der Bundesrepublik zum "Touristikler" ausgebildet. Um die Formung dieses neuen Berufsbilds bemüht sich sehr die Höhere Wirtschaftsfachschule in München, die noch in diesem Jahr in eine Fachhochschule mit dem Fachbereich Fremdenverkehr umgewandelt werden soll.

Heinz Ockhardt

(-/ex/17.3.1971/ks)